



# Amts-Blatt der Stadt Wiesbaden

und amtliches Publikationsorgan der Gemeinden: Schierstein, Sonnenberg, Rimbach, Naurod, Frauenstein, Dambach u. a.

Tägliche Beilage zum Wiesbadener General-Anzeiger.

Nr. 104.

Freitag, den 3. Mai 1912.

27. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Der Fluchtlinsenplan über die Abänderung einer Verbindungsstraße zwischen Chornstraße und Karl Maria von Weberstraße, Distrikt: Leberberg, Sonnenberg, hat die Zustimmung der Ortspolizeibehörde erhalten und wird nunmehr im Rathaus, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 38a, innerhalb der Dienststunden zu Jedermanns Einsicht offen gelegt.

Dies wird gemäß § 7 des Fluchtlinsen-Gesetzes vom 2. Juli 1875 mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Einwendungen gegen den Plan innerhalb einer vierwöchigen, am 29. April d. J. beginnenden und mit Ablauf des 27. Mai 1912 endigenden Ausschlussfrist beim Magistrat schriftlich anzubringen sind.

Wiesbaden, den 24. April 1912.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Rantau, den 6. Mai d. J., Nachmittags, sollen auf dem Südfriedhof ca. 2440 Ruten Gras- und Ackerland öffentlich meistbietend zusammen an einen Unternehmer — auf drei Jahre fest und dann von Jahr zu Jahr, verpachtet werden.

Zusammenkunft nachmittags 5 Uhr am Eingang zum Südfriedhof.

Wiesbaden, den 3. Mai 1912.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Der Fluchtlinsenplan über die Verschmälerung der Volkseisenstraße zwischen Martrasse und Wallmühlanlagen, Distrikt: Martrasse, hat die Zustimmung der Ortspolizeibehörde erhalten und wird nunmehr im Rathaus, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 38a, innerhalb der Dienststunden zu Jedermanns Einsicht offen gelegt.

Dies wird gemäß § 7 des Fluchtlinsen-Gesetzes vom 2. Juli 1875 mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Einwendungen gegen den Plan innerhalb einer vierwöchigen, am 4. Mai d. J. beginnenden und mit Ablauf des 1. Juni 1912 endigenden Ausschlussfrist beim Magistrat schriftlich anzubringen sind.

Wiesbaden, den 29. April 1912.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Frau Geheimrevisorin Marius Perle, Söhne und die Erben des Dr. Ferdinand Perle, haben in den Jahren 1881 und 1905 der Stadtgemeinde Wiesbaden 5000 M. unter folgenden Bedingungen überwiesen:

1. Die Zinsen — 200 M. und 175 M. jährlich — sollen verwendet werden zur Unterstützung von in Wiesbaden geborenen und erzogenen bedürftigen jungen Leuten nicht unter 14 Jahren zur Erlangung eines Hochschulabschlusses. Beispielsweise der 4%igen Zinsen von 5000 M. sollen junge Leute israelitischer Religion den Vorrang erhalten. Die Bewerber müssen gute Schulzeugnisse besitzen und als tüchtig befunden werden. Eine Kommission, bestehend aus dem jeweiligen ersten Bürgermeister als Vorsitzenden, dem Direktor der städtischen Oberrealschule und dem Vorsitzenden der städtischen Aufstufungskommission, hat nach vorheriger, in beiden Fällen öffentlich ersandener Aufforderung zur Abnahme, über die Zuteilung zu beschließen. Der Beschluss ist sodann in den Blättern zu veröffentlichen.

2. Jeder Stipendiat soll die vollen Zinsen von 200 M. während der Dauer von 3 Jahren, in denen er Hochschulbesuch ist, davon erhalten, bis hinreichend das Bedürfnis und die nötigen anderen Ausgaben daraus besetzt werden. Der Hochschulbesuch soll bei der Sparrasse der Nassauischen Landesbank angelegt und ihm bei Eintritt der Mündigkeit ausbezahlt werden, um als Kapitalbeitrag bei der Selbstständigkeit zu dienen.

3. Ein Stipendiat während der Zeit, in der er nach Absatz 1 ein anderer an seine Stelle tritt. Stirbt ein Stipendiat nach vorbestimmter Zeit, aber vor seiner Mündigkeit, so soll der bei der Sparrasse angelegte Betrag dem Stiftungskapital zugewandt werden. Bewerbungen um die jährlich 200 M. betragenden Stipendien für die Jahre 1912, 1913, 1914 und unter Vorlage der Schulzeugnisse bis 15. Mai d. J. hierher einzureichen.

Die jährlich 175 M. betragenden Kapitalzinsen sind a. J. noch für bewilligte Stipendien in Anspruch genommen.

Wiesbaden, den 17. April 1912.

Der Magistrat, Armenverwaltung.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1500 Hb. Meter Bordsteinen, Profil 21/30, aus bestem Granit, abzurufen in 1912, für die Bauverwaltung der Stadt Wiesbaden soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Angebotsformulare und Bedingungenunterlagen können während der Vormittagsdienststunden im Rathaus Zimmer Nr. 55 eingesehen, auch von dort gegen Vorkasse oder bestellgeldfreie Lieferung von 1 M. (keine Briefmarken und nicht mehr Vollnachnahme) und zwar bis zum letzten Tage vor dem Termin bezogen werden.

Versteigerung und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote sind spätestens bis zum Freitag, den 9. Mai 1912, vormittags 11 Uhr, im Rathaus Zimmer Nr. 55 einzureichen.

Die Öffnung erfolgt in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter.

Für die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Bedingungenformular eingereichten Angebote werden bei der Zuschlagserteilung bedacht.

Zuschlagsfrist: 28 Tage.

Wiesbaden, den 22. April 1912.

Städtisches Straßenbauamt.

Ausgang aus der Straßenpolizei-Verordnung für den Stadtkreis Wiesbaden vom 10. Oktober 1910. § 88.

4. Kindern unter 10 Jahren, welche sich nicht in Begleitung erwachsener Personen befinden, sowie Diensthelfer oder Personen in untauglicher Kleidung ist die Benutzung der in den öffentlichen Anlagen und Straßen aufgestellten Abwässer, welche die Bezeichnung „Stadt Wiesbaden“ oder „Armenverwaltung“ tragen, untersagt.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 10. April 1912.

34580

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Samsstag, den 4. Mai 1912, morgens 7 Uhr, Minderwertiges Fleisch von 1 Kuh zu 40 M., (schw.) Schweinfleisch zu 40 M., (schw.) Schweinefleisch zu 40 M., Rindfleisch zu 25 M.

Fleischhändlern, Metzger, Wurstverteilern ist der Erwerb von Freibankfleisch verboten. Gastwirten und Kollegien nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet.

34615

Städt. Schlachthof-Verwaltung.

### Bekanntmachung.

Am Montag, den 6. Mai ist das Abreinziehen des geschlossenen.

34777

Städtisches Maschinenbauamt.

### Bekanntmachung.

betreffend Reinigung der Bürgersteige durch die Hausbesitzer.

Die Reinigung der Bürgersteige wird von dem Hausdienstverwalter und den Bediensteten der Reinigungs-Gesellschaften nicht immer so besorgt, wie es die Vorschriften der Straßenpolizei-Verordnung vom 10. Oktober 1910 verlangen.

§ 73.

1. Jede Verunreinigung der öffentlichen Straße ist strafbar. Als solche Verunreinigung gilt insbesondere das Verschütten der Kothur, das Abwerfen von Abfällen, Nischenkassen, Kisten und Abfällen von Müllkästen, Schutt, Abfällen jeder Art, das Fortwerfen von Papier, Pappen, Obstresten, das Herabfallen von Gegenständen oder sonstigen Transportmitteln, das Abgeben von Bürgersteigschmutz in die Gassen, das Abgeben von Baumrinne oder in die Straßenrinne, auf die Fahrbahn oder in die Gassen, das Abgeben von Öl, Fett oder sonstigen flüssigen oder festen Stoffen, das Abgeben von Wasser, das Herabfallen von Kothschlämme und ähnlichen Abfällen.

2. Außerdem ist der Täter zur sofortigen Reinigung der Straße verpflichtet. Im Falle der Weigerung wird die Reinigung auf seine Kosten polizeilich veranlaßt.

§ 76.

1. Den Straßenrinnen dürfen aus Häusern und Grundstücken, sofern damit keine Straßenverunreinigung verbunden ist, Abfälle nur in so geringen Mengen zugeführt werden, daß ein Ueberstehen der Rinnen ausgeschlossen ist; diese Abfälle dürfen aber nicht heiß sein.

2. Befragt wird, wer in Straßenrinnen, Einfällen und Kanaleinläufen Schmutzwasser, Blut, Blutwasser, Jauche, Harnwasser, Urin oder solche flüssigen Stoffe und Stoffe leitet oder wirft, welche einen üblen Geruch verbreiten, färben, oder einen Bodenbelag bilden, oder sonst geeignet sind, die Kanalisationsanlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen, desgleichen wer in die Rinnen und Einfälle feste oder saure Körper, wie Müll, Küchenabfälle und dergleichen wirft.

§ 82.

Jeder Eigentümer oder Nutzbraucher eines Grundstücks ist gehalten, zunächst bis morgens 8 Uhr und dann, so oft dies erforderlich ist, bis abends 10 Uhr den vor seinem Grundstück befindlichen Bürgersteig:

1. bei und nach Schneefall von Schnee zu reinigen und letzteren am Rande auf dem Straßenrande unter Freilassung des Rinnens und der Kanaleinläufe zusammenzuheben;

2. bei eintretendem Tauwetter den vorhandenen Schneehaufen vom Bürgersteig zu entfernen;

3. auf dem Bürgersteig vorhandene Flecken, Abfälle oder sonstige unordentliche Stellen zu beseitigen;

4. bei eintretender Glätte (Glätte) den Bürgersteig mit Sand, Asche oder anderem abkämpfendem Material, welches nicht mit Abfällen oder sonstigem Unrat vermischt sein darf, zu bestreuen. Das Streuen muß während der Zeit von 7½ Uhr morgens bis 10 Uhr abends so oft geschehen, wie es zur Beseitigung der Glätte erforderlich ist. Das Bestreuen der Bürgersteige mit Salz zwecks Beseitigung von Schnee und Eis ist verboten.

§ 83.

Die im vorigen Paragraphen genannten Verpflichtungen sind ferner geboten, den auf Dächern, Balkonen, Balkonen, Geländen und sonstigen Gebäudeteilen angesammelten Schnee, sobald er das Publikum beim Herabfallen verletzen kann, unter Beachtung der vorgeschriebenen (vergl. § 3) Vorsichtsmaßnahmen zu beseitigen.

§ 84.

1. Vor jedem Grundstück muß, sofern nicht die Vorschrift in § 82 Platz greift, an jedem Werktag und zwar:

a) in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober bis 7½ Uhr vormittags,

b) in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. April bis 8 Uhr vormittags der Bürgersteig und die an diesem gelegenen Straßenrinnen gründlich gereinigt sein.

2. An jedem Werktag vor einem Sonn- und Feiertage ist die Reinigung fest, und zwar in der unter a) angegebenen Zeit zwischen 7 und 8 Uhr nachmittags, sonst zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags nochmals vorzunehmen.

3. Das Einfahren von Schlamm und Kothur und allem anderen festen oder flüssigen Unrat in die Straßenkanäle ist verboten.

4. Bei trockener Witterung — ausgenommen bei Frostwetter — ist der Bürgersteig vor der Reinigung derart mit Wasser zu besprengen, daß Staub sich nicht erheben kann.

§ 85.

Für die Reinigung der Bürgersteige im Sinne §§ 73, 82, 83 und 84 dieser Verordnung sind die Eigentümer oder Nutzbraucher der Grundstücke verantwortlich und zwar auch dann, wenn sie mit der Reinigung andere Personen oder Gesellschaften beauftragen haben.

Diese aus sanitären Gründen erlassenen Vorschriften belangen deutlich, daß:

1. die Reinigung der Bürgersteige regelmäßig bis zur festgesetzten Zeit bzw. täglich so oft vorgenommen werden muß, als dies durch erfolgte Verunreinigungen nötig ist, damit der Schmutz nicht verschleppt wird.

2. Vor dem Abfegen der Bürgersteige zunächst mit reinem Wasser besprengt werden muß, damit kein Staub erzeugt wird.

3. der vom Bürgersteig zunächst nach der Straßenrinne abgekehrte Schmutz dort nicht liegen gelassen werden darf, sondern wieder zusammengekehrt und vollständig gesammelt in die Hausmüllbehälter abgetragen werden muß; das Abfegen auf die städtischen gereinigten Fahrbahn ist streng untersagt.

4. der Hausbesitzer sich strafbar macht, wenn er unvollständige, nicht vorchriftsmäßig ausgeführte oder gänzlich vernachlässigte Reinigung der Bürgersteige seitens der Beauftragten duldet.

Zusicherungen gegen obige Vorschriften werden von uns zwecks Befragung der Schuldigen zur Anzeige gebracht.

Wiesbaden, den 27. April 1912.

34775

Städtisches Straßenbauamt.

## Amtliche Bekanntmachungen der Königl. Polizeidirektion.

betreffend Revision der im öffentlichen Fahrdienst Verwendung stehenden Pferde- und Kraftdroschken.

Die Frühjahrsvision der Droschkensubjekte wird wie folgt stattfinden:

a. Für die Droschken Nr. 11—44, 74—102, 160—164 und 169—172 am Mittwoch, den 8. Mai, vormittags 8 Uhr.

b. Für die Droschken Nr. 1—10, 103—120, 137—155, 156—159 und 173—174 am Donnerstag, den 9. Mai, vormittags 8 Uhr.

c. Für die Droschken Nr. 45—73, 121—136, 165—168 und 175—176 am Freitag, den 10. Mai, vormittags 8 Uhr.

d. Für die Kraftdroschken mit ungeraden Nummern am Mittwoch, den 8. Mai, vormittags 9 Uhr.

e. Für die Kraftdroschken mit geraden Nummern am Donnerstag, den 9. Mai, vormittags 9 Uhr.

Die Droschkensubjekte haben zu genannten Zeiten in der Paulinenstraße, anfangend an der Gartenstraße, bis zur Parkstraße in einer Reihe pünktlich Aufstellung zu nehmen.

Die Droschken sind mit geschlossenem Verdeck und geschlossenem Benzin vorzuführen. Die Droschkensubjekte erscheinen in dem vorgeschriebenen Anzuge ohne Mantel.

Nach stattgehabener Vision fahren die Droschken in der Richtung der Bierkellerstraße ab.

Insofern die Wagen sich nicht durch entsprechende Umänderung in offen oder geschlossene verwandeln lassen können, hat der betreffende Droschkensubjekt neben einem offenen oder einen geschlossenen Wagen vorzuführen.

Bei unvollständiger Beseitigung der Droschken wird Befragung auf Grund der Polizei-Verordnung für das öffentliche Fahren vom 4. April 1912 erfolgen.

Wiesbaden, den 29. April 1912.

35549

Der Polizei-Präsident:

v. Schend.

## Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Rennen auf der Wiesbadener Rennbahn bei Erbenheim am Donnerstag, den 16. Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. Mai d. J., wird zur Regelung des Fußgänger-, Reit- und Autoverkehrs für die Zeit von 1½—3 und 6—7½ Uhr nachmittags folgendes bestimmt:

1. Nur Vermehrung von Unfällen dürfen sich die Fußgänger, soweit sie nicht zur Erreichung der auf der Nordseite gelegenen Häuser den nördlichen Bürgersteig unbedingt benutzen müssen, nur auf dem südlichen Bürgersteig der Frankfurterstraße bewegen.

2. Die Frankfurterstraße ist für Reiter, Radfahrer und alle nicht der Personbeförderung dienenden Fahrzeuge verboten.

3. Der Durchgangsverkehr von Fahrzeugen auf der Frankfurterstraße, von der Abenteurerstraße bis zur Gewandhausgasse (Zigelei) ist in der Zeit von 1½—3 Uhr nachmittags für alle aus der Richtung Erbenheim kommende und in der Zeit von 6—7½ Uhr nachmittags für alle aus der Richtung Wiesbaden kommende Fahrzeuge verboten.

4. Sämtliche Kraftfahrzeuge (Automobile) haben auf der Fahrt zum Rennplatz und zurück den Fußweg der Frankfurterstraße längs der Nordseite des südlichen Bürgersteiges zu benutzen.

5. Sämtliche mit Personen bespannte Personentransporte haben auf der Fahrt zum Rennplatz und zurück die Mitte des Fußweges der Frankfurterstraße, zwischen dem für Kraftfahrzeuge bestimmten Bereich und dem Straßenbahnsteig, zu benutzen.

6. Sobald bei mehreren der zu 4 und 5 genannten daselbst verfolgten Fahr-

zeugen eine Reihenfolge von 3 und mehr Fahrzeugen entsteht, hat jedes neu hinzukommende Fahrzeug sich dem letzten in der Reihe anzuschließen. Kein Fahrzeug darf aus der Reihe ausbrechen, vordringen überholen oder sich in die Reihe eindrängen.

7. Sämtliche Fahrzeuge dürfen nur mit mäßiger Geschwindigkeit fahren: Kraftfahrzeuge nicht über 15 Kilometer in der Stunde.

8. In der Frankfurterstraße ist das Halten von Fahrzeugen nur soweit gestattet, als das Ein- und Aussteigen der Anwohner dies unbedingt erforderlich macht.

Es wird erwartet, daß die gegebenen Vorschriften genau befolgt werden, da nur dadurch ein geregelter Verkehr von und nach dem Rennplatz erzielt werden kann.

Inbesondere ist den Anordnungen der Schutzmannschaft unweigerlich Folge zu leisten, namentlich, wenn sie durch Erheben der rechten Hand das Zeichen zum „Halten“ gibt, was hauptsächlich bei der Einfahrt der Straßenbahnwagen aus der Abenteurerstraße in die Frankfurterstraße erforderlich werden wird.

Da bei den letzten Rennen einzelne Zuschauer von herrschaftlichen Fahrzeugen gegen diese Anordnungen verstoßen haben, werden die Befürchtungen, den Bediensteten ganz besonders die Befolgung vorliegender Maßnahmen einzuführen.

Zusicherungen gegen diese Bestimmungen werden auf Grund der Straßenpolizei-Verordnung vom 10. Oktober 1910 mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe bis zu 3 Tagen tritt, bestraft.

Wiesbaden, den 25. April 1912.

35547

Der Polizei-Präsident:

v. Schend.

## Amtliche Bekanntmachungen der Nachbarorte.

Pferdevormerkung.

Die Pferdewormerkung für die Gemeinde Sonnenberg findet am 18. Mai 1912, vormittags 11 Uhr, in Sonnenberg am Goldreintalweg statt.

Gemäß § 4 der Pferdeaushebungs-Vorschriften vom 1. Mai 1902 ist jeder Pferdebesitzer verpflichtet, seine sämtlichen Pferde zur Mufung zu stellen, mit Ausnahme:

a) der unter 4 Jahre alten Pferde,

b) der Hengste,

c) der Stuten, die entweder hochtragend oder innerhalb der letzten 14 Tagen abgefohrt haben, (als hochtragend sind Stuten zu bezeichnen, deren Abfohlen innerhalb der nächsten 4 Wochen zu erwarten ist.)

d) der Vollblutstuten, die im allgemeinen Deutschen Gestütbuch oder den hierzu gehörigen offiziellen — vom Unionklub geführten — Listen eingetragen und von einem Vollblutbuchsamt laut Bescheinigung besetzt sind, auf Antrag des Besitzers.

e) der Pferde, welche auf beiden Augen blind sind,

f) der Pferde, welche wegen Erkrankung nicht marschfähig sind oder wegen Ansteckungsgefahr den Stall nicht verlassen dürfen.

g) der Pferde, welche bei einer früheren in der Ortschaft abgehaltenen Mufung als dauernd kriegsunbrauchbar bezeichnet worden sind, (die vorübergehend kriegsunbrauchbar sind von der Mufung nicht befreit.)

h) die Pferde unter 1,50 Meter Handmaß. Außerdem kann nur unter besonderen Umständen Befreiung von der Mufung eintreten. Bei hochtragenden Stuten ist der Bescheinigung vorzulegen. Die Pferdebesitzer, welche ihre pflichtigen Pferde nicht rechtzeitig oder nicht vollständig vorführen, haben außer der gesetzlichen Strafe zu gewärtigen, daß auf ihre Kosten eine zwangsweise Herbeiführung der nicht gestellten Pferde vorgenommen wird.

Sonnenberg, 25. April 1912.

34776

Der Bürgermeister: Buchelt.

Betrifft: die öffentliche Mufung für 1912.

Die diesjährige Mufung für die Gemeindebesitzer Sonnenberg wohnhaften Impfpflichtigen findet statt am 4. Mai 1912 und zwar für die Erstimpfungen, das sind die in 1911 geborenen Kinder und die Kinder aus früheren Jahren, die entweder noch gar nicht oder nicht mit Erfolg geimpft worden sind, um 2 Uhr nachmittags; für die Wiederimpfungen, das sind die 1900 geborenen Schulfinder und die 1895 und 1899 geborenen Kinder, die entweder noch gar nicht oder nicht mit Erfolg geimpft worden sind, um 3 Uhr nachmittags.

Impfsaal ist der Sitzungssaal im Rathaus.

Die Nachschau findet statt am 11. Mai 1912, und zwar für die Erstimpfungen um 2 Uhr und für die Wiederimpfungen um 3 Uhr nachmittags im Rathausaal.

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder werden darauf hingewiesen, daß sie dieser Aufforderung zur Impfung und Nachschau ihrer Kinder und Pflegebefohlenen nachzukommen haben, sofern sie nicht durch Vorlage eines Impfscheines oder ärztlichen Attestes den Nachweis zu führen vermögen, daß die Impfung durch einen anderen Arzt, als den Impfarzt vollzogen worden ist, resp. daß ein gesetzlicher Befreiungsgrund vorliegt. Bei einem Verbleiben aus anderen Gründen sind die gesetzlichen Zwangsmittel zu gewärtigen.

Sonnenberg, den 18. April 1912.

Die Polizeiverwaltung.

Buchelt, Bürgermeister.

34779